



Presseschau vom 20.08.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

wpered.su: Erklärung im Zusammenhang mit den massenhaften Festnahmen von Journalisten in der Ukraine:

Mit dem Antritt der neuen Regierung in der Ukraine begann eine empörende Gesetzlosigkeit, in deren Folge härteste Repressionen gegenüber oppositionellen Journalisten ausgeübt werden. Seit vier Jahren wird das Land von Nachrichten über zahlreiche Fälle von Verletzungen der Freiheit des Wortes erschüttert. Journalisten werden aus politischen Gründen verfolgt, festgenommen, gefoltert und sogar ermordet. Während der Existenz der Kiewer Regierung, die im Ergebnis eines Staatsstreichs an die Macht kam, starben 12 Journalisten und es erfolgten 40 Verurteilungen wegen Posts in sozialen Netzwerken.

Am 27. September 2017 nahmen Mitarbeiter des SBU in Saporoshje den bekannten linken Journalisten Pawel Wolkow fest. Er wurde des „Anschlags auf die territoriale Integrität“ und der „Unterstützung terroristischer Aktivität“ beschuldigt. Dabei wurden der Anklage als Beweis seiner Schuld seine Seite im sozialen Netzwerk „Vkontakte“ und Artikel über brennende soziale und politische Themen zugrunde gelegt. In seinen Artikeln zeigte Wolkow auch seine Empörung über den Abriss von Denkmälern der sowjetischen Epoche. Derzeit befindet er sich im Untersuchungsgefängnis. Seit fast einem Jahr werden gegen ihn verschiedene Mittel des Drucks angewandt. Aufgrund des Fehlens einer angemessenen ärztlichen Behandlung ist die Gesundheit Pawels stark beeinträchtigt.

Am 1. August 2017 wurde in Shitomir aus genau solchen erdachten Gründen Wassilij Murawizkij festgenommen. Nach einem Jahr wurde der Journalist in Hausarrest entlassen, aber das Verfahren wurde nicht eingestellt und die Verfolgungen nicht beendet. Am 15. Mai

2018 wurde in Kiew der Direktor der ukrainischen Abteilung der russischen Informationsagentur RIA Nowosti Kirill Wyschinskij festgenommen. Ihm drohen 15 Jahre Freiheitsentzug wegen von ihm veröffentlichter Artikel, die Kritik an der ukrainischen Regierung beinhalten.

Außerdem wurden 2015 die Journalisten Dmitrij Wasilez und Jewgenij Timonin verhaftet. Sie wurden wegen eines Besuchs von Donezk und der Zusammenarbeit mit örtlichen Fernsehsendern festgenommen. Im Februar 2018 wurde ihre Untersuchungshaft in Hausarrest umgewandelt, aber das Verfahren ist nicht eingestellt.

Wir bewerten derartige Handlungen der Kiewer Regierung als Bestreben, den Informationsraum von missliebigen Journalisten zu säubern. Möglicherweise können die Ansichten einiger festgenommener Mitarbeiter der Massenmedien nicht in vollem Maße marxistische genannt werden, aber dennoch äußern wir unsere Solidarität mit denen, die den Mut haben, unter Drohungen mit Freiheitsentzug oder Tod in der Ukraine einen anderen Standpunkt zu äußern. Wir fordern die Freilassung aller, die aus politischen Gründen verurteilt wurden!

Die Redaktion von „Wperjod“ (Organ der Kommunistischen Partei der DVR)

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden das Gebiet von **Prischib**.

Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: „Dann kauft doch selbst Triebwerke!“: Ukrainischer Politiker empört über US-Vorwürfe

Der Vorsitzende der Radikalen Partei der Ukraine, Oleg Ljaschko, hat auf Facebook auf die Verratsvorwürfe seitens der US-Medien reagiert. Grund dafür war der Verkauf von Kampfflugzeug-Triebwerken durch den ukrainischen Turbinenhersteller Motor Sitsch an China.

Ljaschko schlug in seinem Facebook-Beitrag der US-amerikanischen Seite einen „Ausweg“ aus der entstandenen Situation vor.

„Wenn die Amerikaner nicht wollen, dass wir an Chinesen verkaufen, dann kaufen sie doch selbst unsere Triebwerke! Sie verbieten uns, sie an Chinesen zu verkaufen und kaufen sie selber nicht. Im Ergebnis gibt es für Motor Sitsch nur eine Alternative – eine Pleite und Tausende hochqualifizierte, aber arbeitslose Ukrainer“, schrieb Ljaschko auf seinem Facebook-Account.

Zudem betonte er, diese Perspektive sei ihm nicht recht. Die Ukraine gehört nach seinen Worten zu den fünf Ländern, die die „modernsten Flugzeug-Triebwerke“ produzieren. Zuvor hatte die US-Zeitung „The Washington Times“ der Ukraine vorgeworfen, Kampfflugzeug-Triebwerke an China verkauft zu haben, was in den USA nicht gerade auf Begeisterung stößt.

Der China-Experte und ehemalige Berater des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, William Triplett, erklärte demnach, dass „die Ukrainer die Gelder der US-Steuerzahler bekommen und zugleich der US-Kriegsmarine in den Rücken fallen“.

Nach Angaben der Zeitung hatte der ukrainische Turbinenhersteller Motor Sitsch bereits 2016 einen Deal mit China abgeschlossen. Der Vertrag im Wert von 380 Millionen US-Dollar soll die Lieferung von insgesamt 250 Triebwerken vorsehen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32201/82/322018206.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 19. August 3:00 Uhr bis 20. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Wasiljewka, Leninskoje, Dsershinskoje, Kominternowo.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an Wohnraum und Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 36.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 5.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: China bestreitet kategorisch Militärpräsenz in Syrien.

Medienberichte über eine angebliche Militärpräsenz Chinas in Syrien sind Spekulationen und Verzerrung der Politik Pekings. Dies hat der chinesische Sonderbeauftragte für Syrien, Xie Xiaoyan, am Montag erklärt.

Anfang August teilten syrische Medien unter Berufung auf den Botschafter Chinas in Syrien mit, dass die chinesischen Militärs bereit seien, zusammen mit der syrischen Armee am Kampf gegen die Terroristen in Idlib und in anderen Teilen des Landes teilzunehmen.

„In letzter Zeit sind Spekulationen zum Thema aufgetaucht, dass China sich auf ein militärisches Engagement im Syrien-Konflikt vorbereitet. Das ist eine Verzerrung der Politik Chinas. Die arabischen Länder, die den entsprechenden Beitrag veröffentlicht haben, haben später Erläuterungen veröffentlicht und mitgeteilt, dass es keine Militärpräsenz Chinas in Syrien gibt. China spricht sich entschieden dafür aus, dass der Konflikt ausschließlich auf friedliche Weise beigelegt werden soll“, erklärte Xie Xiaoyan bei einem Treffen mit

Journalisten.

Er betonte wiederholt, dass „China keine Militärkräfte nach Syrien geschickt hat“.

„Sie können das als politische Erklärung nehmen“, unterstrich der chinesische Botschafter. Xie Xiaoyan fügte hinzu, dass die chinesische Seite entschlossen gegen jede Form vom Terrorismus auftrete und die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus sowie auch die Erhaltung der regionalen und internationalen Sicherheit unterstütze.

Dan-news.info: Mitteilungen der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Von 260 Menschen, die wir auf dem Territorium der Ukraine suchen, wurden uns offiziell 82 bestätigt“, sagte Morosowa.

Außerdem wurden der ukrainischen Seite Anfragen zur Bestätigung der Gefangenschaft von weiteren 32 Personen geschickt.

„Dies sind Kopien von Strafverfahren oder Kopien von Gerichtsurteilen der ersten Instanz, Erklärungen der Personen selbst oder Bezüge auf Massenmedien, in denen die Festnahme eines bestimmten Bürgers mitgeteilt wurde“, sagte sie.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass die DVR bei den bevorstehenden Treffen der Untergruppe zu humanitären Fragen in Minsk (21.-22. August) von Kiew die Liste von Festgenommenen (449 Personen) seit Beginn der Durchführung der Operation der vereinigten Kräfte (OOS) im Dn bass verlangen wird, von der das Kommando der OOS gesprochen hat.

„Wir unterstützen die Minsker Vereinbarungen, wir haben im Maßnahmekomplex die Formel „alle gegen alle“. Doch bis zum Ende des Konflikts werden wir diesen Punkt nicht erfüllen können, weil die Festnahmen weitergehen. Deshalb wurde die Entscheidung getroffen, die Formel leicht zu verändern – d. h. „alle festgestellten gegen alle festgestellten Personen“. Andere Formeln wird es nicht geben“, sagte Morosowa auf die Frage nach dem Sinn der Erarbeitung einer neuen Formel zum Austausch, um diesen Prozess wieder in Gang zu bringen.

Ukrinform.ua: Poroschenko kündigt Lieferungen von 152-mm-Geschossen für Armee an .

Das staatliche Unternehmen „Artem“ beginnt Serienproduktion von 152-mm-Geschossen für das Artilleriesystem „Giazint“.

Die ukrainische Armee wird die Geschosse bald bekommen, schrieb Präsident der Ukraine Petro Poroschenko auf seiner Facebook-Seite. Der nächste Schritt ist laut dem Staatschef der Übergang zur Produktion von anderen Geschossen mit einem Kaliber von 100 mm bis zum Nato-Kaliber von 155 mm so bald wie möglich.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Chinas Armee nimmt am Manöver „Wostok 2018“ teil.

Chinesische Soldaten sollen Ende August nach Russland reisen, um am Militärmanöver „Wostok 2018“ in der Region Transbaikalien teilzunehmen. Dem chinesischen Verteidigungsministerium zufolge soll die gemeinsame Übung die Militärpartnerschaft zwischen China und Russland verstärken.

„Gemäß der Vereinbarung, die von China und Russland getroffen wurde, werden chinesische Truppen von Mitte August bis Mitte September nach Russland reisen, um an der strategischen Übung ‚Wostok 2018‘ (dt: ‚Osten 2018‘ – Anm. d. Red.) teilzunehmen. Vom 11. bis zum 15. September führen die Seiten gemeinsame Manöver auf dem Übungsplatz Zugol in der Region Transbaikalien durch“, heißt es in der Erklärung der Behörde.

An der Übung werden demnach 3200 chinesische Soldaten beteiligt sein.

Das gemeinsame Manöver soll die Fähigkeit der beiden Länder erhöhen, auf unterschiedliche

Sicherheitsbedrohungen zu reagieren sowie den regionalen Frieden und die Stabilität zu sichern, hieß es weiter.

Das Militärmanöver „Wostok 2018“ findet im August und September in Sibirien und dem russischen Fernen Osten statt. Daran sollen auch Truppen der russischen Nordflotte teilnehmen.

de.sputniknews.com: Auf Putins Anordnung: Großprüfung der Kampfbereitschaft in Russland gestartet.

Eine unangekündigte Prüfung der Kampfbereitschaft hat nach einer entsprechenden Anordnung des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Abteilungen der Militärbezirke Zentrum und Osten in den Einheiten der Luftlande-, Fern- und Transportfliegerkräfte begonnen.

Laut dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu findet die aus 16 Sondermanövern bestehende Prüfung im Vorfeld der großen Militärübungen „Wostok 2018“ (dt. „Osten 2018“) statt. Die unangekündigte Prüfung der Einsatzbereitschaft habe um 5.00 Uhr Moskauer Zeit begonnen.

„Die Prüfung wird im Zeitraum vom 20. bis zum 25. August durchgeführt. Besondere Aufmerksamkeit widme ich der Organisation und Förderung einer pausenlosen und stabilen Verwaltung der Truppen und Kräfte“, betonte der Verteidigungsminister.

Schoigu gab dabei den Auftrag, die Sicherheitsanforderungen zu beachten, „Fälle der Schädigung von staatlichem Eigentum auszuschließen und eine negative Auswirkung auf den Naturraum zu verhindern“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32201/95/322019589.jpg>

Dnr-online.ru: Die Ministerin für ökonomische Entwicklung der DVR Wiktorija Romanjuk berichtete in einer Sendung des Radiosenders „Respublika“ über Tendenzen der Entwicklung der Ökonomie der Republik sowie darüber, wie die Herausforderungen, mit denen man unter Bedingungen eingeschränkter finanzieller Ressourcen, einer schwierigen politischhttps://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32201/95/322019589.jpg und sozialen Situation zurecht kommen muss, teilt der Pressedienst des Ministeriums mit. „In vier Jahren sind wir einen Weg gegangen, für den viele Länder Jahrzehnte gebraucht haben – und das unter Bedingungen, unter denen niemand versucht hat zielgerichtet ihre Entwicklung zu bremsen. In diesem kurzem Zeitraum konnte die Republik nicht nur ihre

Staatlichkeit erringen, sondern sich auch als handlungsfähiges Subjekt des internationalen Rechts zeigen“, sagte Wiktorija Romanjuk.

Außerdem legte sie eine der Schlüsselfragen für die Republik, das menschliche Potential, dar. „Wir müssen notwendigerweise ein System zur Steuerung der Kader aufbauen, damit intellektuelle Waren und Dienstleistungen exportiert werden und nicht der Intellekt selbst. Da wir wissen, wie schwierig der Kampf um perspektivische Kader ist, beginnen wir im Ministerium für ökonomische Entwicklung und mit zukünftigen Mitarbeitern bereits während ihres Studiums bekannt zu machen.

Unsere Aufgabe ist es, dass moderne Technologien alle Bereiche umfassen: von der Industrie bis zur Bildung und zum Gesundheitswesen, vom Handel bis zu den staatlichen Dienstleistungen“, sagte Wiktorija Romanjuk.

de.sputniknews.com: UN-Sekretariat verbot insgeheim Hilfe bei Wiederaufbau Syriens – Lawrow

Das UN-Sekretariat hat den Strukturen der Organisation insgeheim verboten, beim Wiederaufbau der syrischen Wirtschaft zu helfen. Dies sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow.

„Es hat sich herausgestellt, dass das politische Department des UN-Sekretariats tatsächlich noch im Herbst des vergangenen Jahres eine geheime Direktive verabschiedet und diese innerhalb des ganzen UN-Systems verbreitet hat, die den zu diesem System gehörenden Organisationen verbietet, sich an irgendwelchen Projekten zum Wiederaufbau der syrischen Wirtschaft zu beteiligen. Nur humanitäre Hilfe, nichts mehr“, sagte Lawrow.

„Und wieder wurde die Bedingung gestellt, dass man sich nur nach der Erlangung eines Fortschritts im so genannten politischen Wechsel mit dem Wiederaufbau Syriens befassen dürfe“, fügte der Außenminister hinzu.

Moskau richtete laut Lawrow eine entsprechende Anfrage an den UN-Generalsekretär António Guterres und äußerte seine Hoffnung, dass er diese Frage klären werde.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32202/06/322020632.jpg>

de.sputniknews.com: Putin will Beziehungen zu USA aus tiefster Krise führen – Kreml
Russlands Präsident Wladimir Putin ist laut seinem Sprecher Dmitri Peskow nach wie vor optimistisch in Bezug auf die Beziehungen zu den USA gestimmt und will diese normalisieren.

„Der russische Staatschef will dennoch unsere bilateralen Beziehungen aus der tiefsten Krise führen, in welcher sie zur Zeit stecken. Putin selbst hat zuvor mehrmals davon gesprochen. Diese Einstellung bleibt erhalten. Zugleich ist niemand gewillt, in Trauer zu versinken, wenn Washington in dieser Frage keine Gegenseitigkeit aufweisen sollte“, sagte Peskow am Montag vor der Presse.

Zuvor hatte das Außenministerium in Washington erklärt, dass am 22. August neue US-Sanktionen gegen Russland wegen angeblicher Verwendung von C-Waffen im britischen Salisbury in Kraft treten würden.

Moskau weist indes jegliche Anschuldigungen vehement zurück. Außenminister Sergej Lawrow erklärte im Mai, dass London im Skripal-Fall bislang keine Beweise für die Schuld Russlands vorgelegt habe.

Armiyadnr.su: Bericht des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR zur Lage am 20.08.2018:

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Terroristen den Beschuss von Ortschaften unserer Republik nicht eingestellt.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer des Kriegsverbrechers A.W. Gnatow aus der 36. Marineinfanteriebrigade mit Mörsern des Kalibers 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen auf **Kominternowo, Leninskoje** und **Dsershinskoje** geschossen.

In **Richtung Donezk** geriet **Wasiljewka** unter Beschuss der Straftruppen aus der 92. mechanisierten Brigade, das auf Befehl ihres Anführers W.W. Kokorew mit Mörsern des Kalibers 82mm und Schusswaffen beschossen wurde.

Die Analyse der Aktionen des Gegners in den letzten Monaten erlaubt es von der Durchführung eines Komplexes von **Maßnahmen** durch die militärisch-politische Führung der Ukraine zu sprechen, **die auf die Absage der Wahlen des Präsidenten der Ukraine**, die für März 2019 angesetzt sind, **abzielen**.

Wie man feststellen kann, werden in der letzten Zeit von der Militärführung der ukrainischen Streitkräfte und dem Stab der Besatzungskräfte täglich offensichtlich falsche Informationen über eine große Zahl von Beschießungen von Seiten unserer Republik sowie einer analogen Zahl von „spiegelbildlichen“ Antworten mit Waffen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte verbreitet.

Wenn wir 3-4 Beschießungen von Seiten der Ukraine feststellen, erklären die Besatzer, dass wir sie 50-60 mal beschossen und sie in 40 Fällen erwidert hätten.

All diese „erfundenen Geschichten“ werden zu dem Zweck verbreitet, der ukrainischen Wählerschaft und der Weltgemeinschaft zu zeigen, dass der Konflikt sich tatsächlich in einer heißen Phase befindet und nicht für einen Tag aufgehört hat.

Derzeit wird vom Stab der Besatzungskräfte eine geringere Anzahl von Fakebeschießungen von unserer Seite gemeldet als üblich. Dies geschieht deshalb, um nach einer gewissen Zeit einer angeblichen Ruhe wieder eine Zahl von hunderten Beschießungen anzugeben und auf Grundlage dieses Kontrastes lautstark den Beginn einer Eskalation des Konflikts zu verkünden.

Wir schließen nicht aus, dass die ukrainische Seite zur Bestätigung ihrer Worte zu einer bewussten Verletzung der Minsker Vereinbarungen übergehen und Angriffsversuche an einigen Abschnitten der Front unternehmen wird.

Obwohl weder die Personalausstattung noch die Versorgung der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte an der Front es ihnen erlauben, zu einer Angriffstaktik überzugehen, sondern ein Angriffsversuch in ihrem Blut ersticken wird, wird die militärisch-politische Führung der Ukraine den notwendigen Trumpf erhalten, für den das alles angegangen werden könnte. Dieser Trumpf ist die Einführung des Kriegszustands in einzelnen Regionen des Landes, mindestens in den Oblasten Donezk und Lugansk und höchstens in den an die RF grenzenden Oblasten, darunter Cherson, das an die russische Krim angrenzt.

Wie wir alle wissen, würde die Einführung des Kriegszustands in einer Region der Ukraine automatisch zu einer Absage des Wahlkampfes führen und damit die Wahlen im März 2019 im ganzen Land zum Scheitern bringen.

So werden Poroschenko und seine Schmarotzer bleiben, um weiter das Land auszurauben und

es weiter für einen unbestimmten Zeitraum zu vernichten.

de.sputniknews.com: Noch keine Pläne zur gewaltsamen Rückeroberung der Krim – Kiew
Die Ukraine hat derweil keine Pläne, die Schwarzmeer-Halbinsel Krim auf militärischem Wege unter ihre Kontrolle zurückzuholen. Das gab der Vize des ukrainischen „Krim-Beauftragten“, Iset Gdanow, laut der ukrainischen Agentur UNN am Montag bekannt. „Wir haben bislang keine Entscheidung über eine gewaltsame Befreiung der Krim. Es gibt aber den Beschluss des ukrainischen Präsidenten, den Druck auf den Aggressor zu stärken“, zitiert die Agentur Gdanow.

Zugleich soll er die ukrainischen Staatsbehörden dazu aufgerufen haben, die Umsetzung der Sanktionen gegen Russland und die Möglichkeit zur Erweiterung der Sanktionsliste zur Erörterung zu bringen.

Die Krim hatte sich nach dem Referendum vom März 2014 von der Ukraine losgelöst und war am 18. März auf Wunsch ihrer Bevölkerung in den Staatsverband Russlands aufgenommen worden. Die Ukraine betrachtet die Halbinsel weiterhin als ihr Territorium, das „zeitweise okkupiert“ ist. Russlands Präsident Wladimir Putin zufolge ist das Problem der Krim ein für alle Mal gelöst.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32202/19/322021998.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **einmal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

Geschossen wurde auf das Gebiet von **Prischib**. Dabei haben die ukrainischen Kämpfer 120mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 40 Geschosse abgefeuert. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilte der Kriegsverbrecher und Kommandeur der 53. Brigade Grusewitsch.

Wir haben mehrfach über die mangelhafte Personalausstattung der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte gesprochen. Diese Tatsache hat der Kommandeur der OOS General Najew bestätigt, der erklärt hat, dass in der Zone der Strafoperation die Zahl der stationären Checkpoints von 147 auf 43 reduziert wurde, dies ist mit dem kritische niedrigen Niveau der Personalausstattung der Verbände und Truppenteile der OOS verbunden.

Der Gegner konzentriert weiter Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie. Nach uns vorliegenden Informationen ist im Verantwortungsbereich der 53. mechanisierten Brigade in Nowotoschkowka eine Kolonne Technik des Gegners mit zwei Lastwagen mit Personal und Munition in Begleitung eines Schützenpanzers eingetroffen.

Im Verantwortungsbereich der 14. Brigade im Gebiet von Solotoje wurde die Lieferung von Munition in einer Raketenartilleriewaffenlager festgestellt.

So füllt die ukrainische Militärführung ihre Munitionsvorräte auf, um Provokationen gegen die Einwohner der Republik durchzuführen.

Außerdem zieht das ukrainische Kommando aktiv kontrollierte Massenmedien in die Zone der Strafoperation heran, damit diese Materialien erstellen, die die Verbrechen der ukrainischen Regierung gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass rechtfertigen.

Im Verantwortungsbereich der 53. Brigade im Gebiet von Muratowo sind Gruppen von Journalisten der Sender „5. Kanal“ und „INTER“ eingetroffen. Die Hauptaufgabe der Vertreter der Massenmedien ist es, Falschinformationen zu erstellen und zu verbreiten, um die Führung der Republik der Verletzung der Minsker Vereinbarungen im Vorfeld des nächsten Treffens der Untergruppe zur Sicherheit zu beschuldigen. Wir schließen auch nicht aus, dass der Gegner bei der Erstellung von inszenierten Materialien provokativen Beschuss des Territoriums der Republik durchführen wird.

In diesem Zusammenhang haben die Einheiten der Volksmiliz der LVR wiederholt die Anweisung erhalten, nicht auf Provokationen zu reagieren und weiter das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen einzuhalten. Wir sind auf eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass ausgerichtet. Aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, entschieden im Interesse der Verteidigung seiner Bürger zu handeln.

Die Einheiten der Truppenteile erhöhen planmäßig das Niveau ihrer Professionalität und Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zum Schutz und zur Gewährleistung der Sicherheit der Einwohner der Republik.

.

de.sputniknews.com: Waffen im All: Moskau sendet „wichtiges Signal“ nach Washington. Russland wird als Erster keine Angriffswaffen im Weltraum stationieren. Mit dieser prinzipiellen Entscheidung sendet Moskau laut Vize-Außenminister Sergej Rjabkow ein „wichtiges Signal“ an die USA.

„Auch wenn nur wenige dieses Vorgehen teilen: Wir werden als Erste keine Waffen im All stationieren“, sagte Rjabkow in einem Interview mit der Zeitschrift „Internationales Leben“. „Das ist ein wichtiges Signal, das nicht ignoriert werden kann, auch nicht durch Washington.“ Der Vizeminister gestand, dass der Weltraum bereits seit Jahrzehnten von vielen Staaten für militärische Zwecke genutzt werde. Der Kosmos sei schon in dem Sinne militarisiert, dass dort Aufklärungs-, Kommunikations- und Kontrollmittel stationiert seien. Auch Russland entwickle solche Systeme.

„Doch im All gibt es noch keine Angriffswaffen, auch wenn darüber bereits gesprochen wird. In Doktrinen und praktischen Dokumenten der USA ist eine sehr beunruhigende Tendenz erkennbar“, betonte Rjabkow.

Dan-news.info: „In der letzten Woche hat die Republik im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass mehr als 260.000 Rubel an materieller Unterstützung an Landsleute aus den von der Ukraine kontrollierten Territorium des Donezker Oblast gezahlt“, teilte der Pressedienst des Arbeits- und Sozialministeriums der DVR mit.

34 kinderreiche Familien und 12 Kinder mit Behinderung haben materielle Unterstützung erhalten.

de.sputniknews.com: Lawrow: Die USA versuchen, Heimkehr syrischer Flüchtlinge künstlich zu bremsen.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Montag das Stellen von künstlichen Forderungen in Bezug auf die Rückkehr syrischer Flüchtlinge in ihre Heimat durch die USA als kontraproduktiv bezeichnet.

Wie er auf der Pressekonferenz mit seinem libanesischem Amtskollegen Gibran Basile in Moskau sagte, versucht Washington, die Heimkehr von syrischen Flüchtlingen künstlich zu bremsen, indem es sich weigert, am Wiederaufbau der syrischen Wirtschaft teilzunehmen. „Dies beweist gerade das, worüber wir eben erst gesprochen haben – es gibt künstliche Versuche, die Rückkehr von Flüchtlingen ins Stocken zu bringen, und zwar durch die Weigerung, sich am Wiederaufbau der syrischen Infrastruktur zu beteiligen“, sagte Lawrow. Ferner erinnerte Lawrow daran, dass sich der UN-Sonderbeauftragte für Syrien, Staffan de Mistura, wenige Tage zuvor in Washington mit US-Außenminister Mike Pompeo getroffen habe.

„Am Rande ihrer Verhandlungen hat das US-Außenministerium in seinem Kommentar eine solche Äußerung verwendet, dass es zur Zeit sogar verfrüht sei, den Wiederaufbau Syriens zu erörtern“, sagte der russische Chefdiplomat.

Zuvor hatte das US-Außenministerium angekündigt, die für die Stabilisierung Syriens bewilligten 230 Millionen Dollar „anders zu verwenden“. Laut der Sprecherin des State Department, Heather Nauert, hat Washington insgesamt 8,1 Milliarden Dollar für die Hilfe an Syrien ausgegeben.

Im vergangenen April hatte das US-Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf gebilligt, der Washington jegliche Hilfe an die von Damaskus kontrollierten Gebiete in Syrien untersagt. Laut dem Dokument können die USA Damaskus nur in dem Fall helfen, wenn es beweist, dass Präsident Baschar al-Assad die „Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur“ beendet habe.



<https://cdn.de.sputniknews.com/images/31319/56/313195622.jpg>

ukrinform.ua: Nach Treffen mit Putin: Poroschenko telefoniert mit Merkel.

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat ein Telefongespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel geführt.

Wie die Pressestelle des ukrainischen Staatschefs mitteilte, informierte die Bundeskanzlerin Poroschenko über Ergebnisse ihrer Gespräche mit dem russischen Präsidenten Putin in Deutschland. Petro Poroschenko habe aufgerufen, Bemühungen für die Freilassung ukrainischer Geiseln, die in Russland und den besetzten Gebieten rechtswidrig inhaftiert sind, zu erhöhen.

Poroschenko und Merkel vereinbarten eine Fortsetzung der Konsultationen auf der Ebene der Außenminister des „Normandie“-Formats über eine UN-Friedensmission in den besetzten Gebieten der Ukraine. Auch bilaterale Beziehungen und weitere Kontakte auf der höchsten Ebene waren Themen des Gesprächs, heißt es.

de.sputniknews.com: Kreml über neue US-Sanktionen: „Wahres Motiv lässt sich nicht verschleiern“.

Die Versuche, die Realisierung des Projekts Nord Stream 2 zu verhindern, widersprechen den Handelsregeln und Normen, und dies kann laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow, auf keine Weise verschleiert werden.

Das neue Sanktionspaket der USA gegen die Unternehmen, die an Nord Stream 2 beteiligt sind, befindet sich im Höchststadium seiner Entwicklung, wie die Zeitung „The Wall Street Journal“ zuvor mitteilte. Den ehemaligen und aktuellen US-Beamten zufolge ist zurzeit die Erörterung des Pakets im Gange, und die Sanktionen können bereits innerhalb einiger Wochen verhängt werden.

„Wir haben bereits davon gesprochen, dass die Versuche, einem ausschließlich kommerziellen internationalen Projekt zu widerstehen, (...) ein eindeutiger Verstoß gegen alle Handelsregeln und Normen der Welthandelsorganisation ist. Es ist nichts anderes als eben das und kann durch keine anderen Motive getarnt werden“, sagte Peskow.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht den Bau von zwei Gaspipelinesträngen mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr von Russlands Küste über die Ostsee nach Deutschland vor. Es wird geplant, die neue Gaspipeline neben dem funktionierenden Nord Stream zu verlegen. Sie wird territoriale oder ausschließliche Wirtschaftszonen der Ostsee-Anrainer Russland, Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland erfassen. Unter den aufgezählten Ländern hat allein Dänemark der Nord Stream 2 AG, dem Betreiber von Nord Stream 2, noch keine Baugenehmigung für die Pipeline erteilt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31987/25/319872576.jpg>

Abends:

de.sputniknews.com: „Mit Russland gegen USA“: Türkei will Einheitsfront in der WTO. Die Türkei beabsichtigt laut ihrem Handelsministerium, eine Zusammenarbeit mit anderen Ländern, darunter mit Russland, um gemeinsame Handlungen gegen die USA in der Welthandelsorganisation (WTO) zu starten.

„Wir unternehmen notwendige Schritte zur Verteidigung der Rechte unserer Exporteure. Unser Land hat einen Prozess in der WTO wegen zusätzlicher US-Zölle auf Stahl und Aluminium begonnen. In absehbarer Zeit werden wir die Kooperation mit den Export-Ländern aufnehmen, die in der WTO ebenfalls Prozesse gegen die USA führen, und die Arbeit zur Verteidigung unserer Rechte fortsetzen“, heißt es in der Mitteilung der Behörde. Die Beziehungen Washingtons und Ankaras haben sich in der letzten Zeit zugespitzt, darunter auch wegen des US-amerikanischen Pfarrers Andrew Brunson, der schon 2016 von den türkischen Behörden festgenommen worden war. Anfang August hatte das US-Finanzministerium Sanktionen gegen den türkischen Justizminister Abdülhamit Gül und den

Innenminister Süleyman Soylu verhängt. Den beiden wurden „ernsthafte Verstöße gegen Menschenrechte“ vorgeworfen.

Daraufhin hatte der US-Präsident Donald Trump eine Verdopplung der Einfuhrzölle auf Aluminium und Stahl aus der Türkei angeordnet – bis zu jeweils 20 und 50 Prozent. Dies provozierte den Absturz der türkischen Nationalwährung auf ein historisches Rekordtief. Ankara hatte darauf die Zölle auf 22 Warenkategorien, darunter Tabakwaren, Alkohol, Autos, Kosmetika, Reis und Obst – insgesamt um einen Wert in Höhe von 533 Millionen Dollar — krass erhöht.